

Gefährdungen der Demokratie: Herausforderungen der Biopolitik

Die VII. Tagung des Bayerischen Promotionskollegs Politische Theorie vom 26. bis 28. November 2009 in Wildbad Kreuth wird sich mit Herausforderungen und Gefahren für die Demokratie beschäftigen. Ein besonderer Schwerpunkt soll hierbei auf die Frage gelegt werden, in welchem Verhältnis der politische Umgang mit menschlichem Leben (Biopolitik) zu den Grundlagen der liberalen Demokratien „westlichen“ Typs steht.

Nach dem Zusammenbruch und Strukturwechsel der ehemaligen Sowjet-Staaten galt die liberale Demokratie „westlichen“ Typs als Siegerin im Wettbewerb der Systeme. Eine Beschäftigung mit Gefährdungen der Demokratie war lange Zeit unpopulär. Nicht nur in den Feuilletons, sondern auch innerhalb der Politischen Wissenschaft war eine evolutionäre Perspektive der Geschichtsphilosophie verbreitet, die die Durchsetzungskraft und Dauerhaftigkeit der Demokratie als Beleg für ihre Überlegenheit über andere Formen politischer Ordnungen wertete. Mit den vielfach bemühten Metaphern vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) oder dem „Ende der Utopie“ (Fest 1991) wurde eine Vorstellung eingefangen, die evolutionäre mit hegelianischen Motiven verbindet: Die Demokratie habe sich nicht nur faktisch gegen bestehende konkurrierende Ordnungsmodelle durchgesetzt, sondern damit zugleich einen verdienten Stillstand erreicht. Bermbach beschreibt diese Vorstellung wie folgt: „Die liberale Demokratie westlicher Prägung erscheint demnach als das Ergebnis eines historischen Ausmäntelungsprozesses, in dem – mit Hegel zu reden – die Vernunft der Geschichte gleichsam zu sich selbst gekommen ist und nun in den Strukturen einer hoch ausdifferenzierten und hochkomplexen Industriegesellschaft ausruhen darf.“ (Bermbach 1995: 289).

Fast zwanzig Jahre später ist festzustellen, dass die Demokratie mannigfaltigen, inneren wie äußeren Herausforderungen ausgesetzt ist. Zahlreich sind die Veröffentlichungen, die der These von einem verdienten Stillstand der liberalen Demokratie radikal widersprechen. Je nach gewählter Perspektive konzentrieren sie sich dabei auf externe Herausforderungen, oder strukturelle Gefährdungen. Gelegentlich wird gar eine „Krise der Demokratie“ diagnostiziert. Ihren Ausdruck finden diese Positionen etwa in den Metaphern der „Postdemokratie“ (Crouch 2004), der „postliberalen Demokratie“ (Schmitter 2003) oder gar der „liberalen Oligarchie“ (Zolo 1997), welche die existentielle Dimension der Diagnose noch unterstreichen.

Die Herausforderungen zwingen die Demokratie dazu, sich auf ihre Grundlagen zu besinnen. Denn jede Feststellung, „die liberale Demokratie westlichen Typs“ sei gefährdet, impliziert eine Antwort auf die Frage, was wir meinen, wenn wir von „liberalen Demokratien westlichen Typs“ sprechen. Eine Krise der Demokratie kann beispielsweise aus der „Krise des europäischen Wohlfahrtsstaates“ erwachsen: „[W]enn Europa tatsächlich verarmt, verliert dann der Verfassungstyp „westliche Demokratie“ nicht eine entscheidende Sinnquelle?“ (Saage, 2005: 299). Ähnlich verhält es sich mit religiösem Fundamentalismus und den Reaktionsmustern, die die westlichen Demokratien diesem bisher entgegen brachten (ebd.). Insbesondere die Verbreitung des Islam in Europa stellt das Verhältnis von Demokratie und Religion auf den Prüfstand. Auch könne „die Globalisierung“ eine Gefahr für die liberale Demokratie darstellen, wenn sie „jenes Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit zerstören [würde], ohne das die liberale Demokratie ihre Integrationsfähigkeit verlöre“. Es sei zu befürchten, dass „sich die wirklich relevanten gesamtgesellschaftlichen Entscheidungen in den Chefetagen der weltweit agierenden „global players“ abspielen, die der demokratischen Kontrolle der Bürger weitgehend entzogen sind.“ (Saage 2005: 300) Genannt werden ebenfalls „wachsende Partizipationsansprüche, deren institutionelle Verarbeitung angesichts der beobachtbaren Individualisierungstendenzen sehr schwierig ist“. Hieraus ergibt sich einerseits die Frage, ob das Regieren „noch effizient und effektiv gelingen kann“ (Klingemann et. al 2000: 12). Auf der anderen Seite drohe jedoch eine „Erosion der Bereitschaft zum Engagement“, wodurch „der liberalen Demokratie ihre wichtigste normative Ressource entzogen“ wird: „die Bereitschaft der Bürger, sich für sie zu engagieren.“ (Saage 2005: 299).

In welchem Verhältnis stehen liberale Demokratien westlichen Typs aber zu den Möglichkeiten, die uns die moderne Biomedizin bietet? Die siebte Tagung des Bayerischen Promotionskollegs Politische Theorie ist der Frage gewidmet, inwieweit auch deren Entwicklung eine Herausforderung für oder gar eine Gefährdung der Demokratie darstellt. Welches demokratiethoretische Potential steckt hinter bestehenden Gefährungsdiagnosen und zeigt sich auch hier ein Zusammenhang zwischen Gefährungsdiagnose und Demokratieverständnis? Unter welchen Voraussetzungen lässt sich eigentlich von Gefährdungen für „die“ Demokratie sprechen?

Neben institutionellen Herausforderungen, die zum Beispiel die Rolle von Ethikkommissionen im demokratischen Prozess betreffen, warnen einige Autoren vor einer existentiellen Gefährdung der legitimatorischen Grundlage der liberalen Demokratie durch einen neuartigen politischen Umgang mit dem menschlichen Leben. So arbeitet unter anderem Jürgen Habermas die Konsequenzen liberaler Eugenik für die reziproken Freiheits- und Gleichheitsstrukturen von Bürgern in der liberalen Demokratie heraus. Darüber hinaus argumentiert Clemens Kauffmann, dass durch die Programmatik der liberalen Eugenik die Legitimationsgrundlagen des liberalen Verfassungsstaates gefährdet seien. Dieselbe Problematik greift auch Walter Schweidler auf, der die Konsequenzen biopolitischer Optionen für die Legitimationsgrundlagen des demokratischen Rechtsstaates untersucht. Nicht zuletzt macht Henning Ottmann darauf aufmerksam, dass Fragen nach Lebensrechten und Abtreibung „unser Grundverständnis von Öffentlichkeit, von Konsens und von der Neutralität des modernen Staates“ berühren. Alle genannten Autoren sind sich in der Diagnose einig, dass ein neuartiger politischer Umgang mit dem menschlichen Leben Gefahren für die Qualität und Stabilität der liberalen Demokratie berge, die es klar herauszuarbeiten und deutlich zu benennen gelte, wenn man an deren Kontinuität interessiert sei. Das Bayerische Promotionskolleg nimmt deshalb die aktuelle Brisanz dieser Fragen zum Anlass, sich mit theoretischen Voraussetzungen und praktischen Gefährdungen – insbesondere aus dem biomedizinischen Bereich – „der“ Demokratie zu beschäftigen.